

NATIONALRAT

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

KOMMISSION FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

T O U R D ' H O R I Z O N

(Sitzung vom 2. November 1976)



(Stand am 21. Oktober 1976)

T O U R D ' H O R I Z O N

Westeuropa

Wir haben uns in den vergangenen Tours d'Horizon ausführlich mit der Situation im Süden Europas, vor allem in Italien, Spanien und Portugal befasst. Diesmal möchte ich mich zwei Ländern im Norden der Schweiz zuwenden, in welchen kürzlich Wahlen stattgefunden haben, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Es handelt sich um die Bundesrepublik Deutschland und Schweden.

Diese beiden Staaten haben auf den ersten Blick einiges gemeinsam. Es sind beide hochindustrialisierte Länder, die von der wirtschaftlichen Rezession der letzten Jahre relativ verschont geblieben sind und deren Lebensstandard vielen andern europäischen Staaten als Vorbild dienen könnte. Dennoch musste in beiden Fällen die Sozialdemokratische Partei einen Rückschlag entgegennehmen. In Schweden führte dieser zu einem Regierungswechsel und in der Bundesrepublik zu einer deutlichen Verengung der parlamentarischen Basis der Regierungskoalition. Wir können daher in beiden Ländern eine gewisse konservative Tendenz der Wählerschaft feststellen, eine Tendenz zur Mitte.

Kann man von dieser Ähnlichkeit des Wählerverhaltens auf eine gleiche Reaktion vor einer gleichartigen Situation schliessen oder muss man von einer konservativen Grundwelle sprechen, die sich über Nordwest-Europa verbreitet? Diese Interpretation erscheint übertrieben, denn es bedurfte in beiden

Fällen einer relativ geringen Verschiebung der Kräfteverhältnisse (etwa 3% in der Bundesrepublik Deutschland und weniger als 1% in Schweden), um die beschriebene Situation herbeizuführen.

Die Gewinne der konservativen Partei bei den kürzlichen Kommunalwahlen in Finnland und der Wiederanstieg der Popularität, dessen sich scheinbar die konservative Partei Grossbritanniens erfreut, sind auch keine klaren, eindeutigen Zeichen, umso weniger als sich die wirtschaftliche Situation jener beiden Länder ziemlich stark von derjenigen der Bundesrepublik Deutschland und Schwedens unterscheidet.

Bundesrepublik Deutschland

Die Wahlen des 3. Oktober 1976 haben trotz einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse eine bemerkenswerte politische Stabilität an den Tag gelegt, die ihr Gegenstück im wirtschaftlichen und sozialen Leben des Landes findet. Helmut Schmidt wird auch mit einer auf 10 Stimmen verringerten Mehrheit zweifellos weiterhin Bundeskanzler sein.

Gewiss hat Schmidt nicht das Charisma von Willy Brandt. Dennoch muss der Grund des Stimmenschwundes der Sozialdemokraten eher in der Tatsache gesucht werden, dass das innen- und aussenpolitische Profil der Partei nicht mehr das gleiche ist wie im Jahre 1972. Dieses Profil hat damals der Partei eine lebhafte Opposition eingebracht, aber auch die enthusiastische Unterstützung eines Teils der Jugend. Heute ist die Ostpolitik kein wirkliches Streitobjekt mehr. Ihre positiven Resultate (etwas mehr Freizügigkeit) werden anerkannt, aber niemand macht sich Illusionen über deren Grenzen.

Das Regieren in Bonn wird schwieriger werden, vor allem gegen die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat; dennoch gilt es festzustellen, dass die sozialliberale Koalition eher gestärkt aus dem Wahlgang hervorgegangen ist. Die FDP hat sich als sichererer Partner erwiesen als während den ersten Jahren der Zusammenarbeit, von 1969 bis 1972. Ein Abbröckeln der FDP-Fraktion scheint wenig wahrscheinlich, und damit auch das Risiko von vorzeitigen Neuwahlen. Es scheint, dass heute eher die Oppositionsparteien, die sich als Wahlsieger erklärten, die grösseren inneren Schwierigkeiten haben.

Der Nord-Süd-Gegensatz, der in den Wahlen allgemein festzustellen war, macht sich auch innerhalb der CDU/CSU bemerkbar und gibt deren Schwierigkeiten einen längerfristigen Aspekt.

Die drei Parteien haben ihre Grössenverhältnisse von 1969 wiedergefunden. Es scheint, dass sich die Zahl der Wechselwähler verringert hat, wogegen sich die Jugend heutzutage eher den konservativen Parteien zuwendet. Der ständige Aufwärtstrend der SPD ist zum Stillstand gekommen, ohne dass man von einer Tendenzwende sprechen könnte. Da keine der Parteien in der Lage zu sein scheint, die absolute Mehrheit zu erringen, können Regierungswechsel nicht mehr durch Wahlen, sondern nur durch Koalitionswechsel herbeigeführt werden. Solche sind jedoch im Augenblick eher unwahrscheinlich.

Unter der Voraussetzung, dass die gegenwärtige Regierung, mit einigen geringfügigen Aenderungen, an der Macht bleibt, wird sich die deutsche Aussenpolitik kaum ändern. Im Westen muss sie versuchen, ein gewisses Malaise abzubauen, welches durch die wirtschaftliche und militärische Ueberlegenheit der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist. Im Umgang mit dem Osten muss sich Schmidt vom Vorwurf der zu grossen

Nachgiebigkeit lösen, welche die Opposition gegen Brandt erhoben hat. Es gibt schon einige Zeichen gesteigerter Aktivität; so hat Schmidt zum Beispiel auf eine eventuelle Initiative zur Reaktivierung der MBFR hingewiesen. Auch an der Belgrader Konferenz könnte die Bundesrepublik Deutschland eine gewichtigere Rolle spielen. Der geplante Besuch Brezhnev in Bonn wird darüber wohl näheren Aufschluss geben.

Es ist auch damit zu rechnen, dass Aussenminister Genscher, getreu den Grundsätzen seiner Partei, seinen Beitrag zu dieser Politik leisten wird, wie auch zu den noch unsicheren Initiativen, die bereits daraus hervorgegangen sind. Die deutschen Vorstösse im Rahmen der UNO (Konvention gegen den Terrorismus, Gericht für Menschenrechte) sind Beispiele für solche Aktionen.

Die Ostpolitik, welche die vorausgegangene Legislaturperiode dominiert hatte, ist praktisch zum Abschluss gekommen, ohne dass man behaupten könnte, sie hätte eine unveränderbare Lösung für die Beziehungen der Bundesrepublik mit der DDR und der Sowjetunion gebracht. Die deutsche Aussenpolitik muss sich fortan in einem weiteren Rahmen entfalten.

Schweden

Zahlreiche Gründe haben zum Wechsel geführt, den die schwedischen Wahlen mit sich brachten. Der Hauptgrund war zweifellos die Tatsache, dass eine einzige Partei während zu langer Zeit zu viel Macht ausgeübt hatte. Die Niederlage der Sozialdemokratischen Partei Schwedens nach 44 Jahren Regierung darf indessen nicht als grundsätzliche Absage an eine sozialistische Führung gesehen werden, sondern vielmehr als Zeichen

der Unzufriedenheit gegenüber einer immer mächtiger und selbstsicherer gewordenen Bürokratie. Die Zunahme der Staatsaufgaben und demzufolge der Steuerbelastung des Bürgers hat einen Teil der Wählerschaft dazu gebracht, eine Verschnaufpause in diesem Rennen zum Perfektionismus zu fordern. Die Koalition der drei bürgerlichen Parteien (Zentrum, Liberale und Konservative) wird die bestehenden sozialen Institutionen nicht abbauen, sondern versuchen, sie transparenter und weniger allumfassend zu gestalten.

Die Mehrheit der Schweden scheint sich somit in erster Linie gegen die alte Regierung und nicht so sehr für deren Gegner ausgesprochen zu haben. Die neue Koalition, die aus drei Parteien mit oft sehr unterschiedlichen Ideen besteht und denen es, übrigens zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg, gelungen ist, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen, wird keine leichte Aufgabe vor sich haben, wenn es darum geht, in jeder Einzelsituation einen Kompromiss in den eigenen Reihen zu finden. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, dass der Regierungswechsel zu einer Erschütterung der schwedischen Innenpolitik führt, denn der Kompromiss hat auch in jener Region Europas eine wohlbekanntere Tradition. So wickelte sich die Zusammenstellung der neuen Regierung ohne grosse Auseinandersetzung und praktisch unter Ausschluss öffentlicher Debatten ab.

Auch in der Aussenpolitik ist keine fundamentale Richtungsänderung zu erwarten. In ihrer ersten Rede vor der UNO-Generalversammlung in New York hat die neue Aussenministerin, Frau Söder, durchblicken lassen, dass man mit einer gewissen Neuordnung der Prioritäten rechnen muss. Die europäischen Länder, allen voran die nordischen Nachbarn, werden vermehrt im Vordergrund stehen, während Stellungnahmen zugunsten von Entwicklungsländern - vor allem zugunsten einiger Protagonisten wie Vietnam, Angola und Kuba - seltener sein dürften als zur

Zeit Palmes. Die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, die sich schon seit dem Besuch Kissingers in Stockholm im Frühling dieses Jahres verbessert hatten, werden sich weiter konsolidieren. Wir werden also allgemein eine Aenderung des Tons und des Stils der schwedischen Aussenpolitik im Sinne einer gewissen Mässigung feststellen können. Ein moralisierender Zug wird ihr immer eigen sein, denn er entspricht dem schwedischen Charakter und geht in seinen Ursprüngen auf geschichtliche und konfessionelle Traditionen zurück, die viel älter sind als die schwedische Neutralitätspolitik, in eine Epoche, wo dieses Land noch eine europäische Grossmacht war.

Die amerikanischen Wahlen

Dieser Text wird am gleichen Tag diskutiert, an dem die amerikanischen Wähler ihren neuen Präsidenten bestimmen. Im Augenblick der Niederschrift dieses Textes scheint Carter im Vorsprung zu liegen. Er geniesst die Unterstützung der grössten Partei, er erscheint als der dynamischere und geistig beweglichere der beiden Kandidaten. Wenn auch die Demokraten des Nordens ihm noch Ueberraschungen bereiten können, so hat er doch den Vorteil, gegenüber seinem Rivalen eine solide Basis im Süden zu haben.

Ford hingegen hat den Vorteil, der amtierende Präsident zu sein. Negativ fällt bei ihm ein gewisser Immobilismus ins Gewicht sowie seine enge Verflechtung mit Washington, Sitz einer viel kritisierten Administration, die durch einsame Machtausübung im Weissen Haus und durch kleinliche und inkonsequente Eingriffe des Kongresses in ihre Tätigkeit in Misskredit geraten ist. Bei Carter kann als Negativum eine Wahlkampagne

erwähnt werden, die etwas zu geschickt konzipiert ist, um niemanden zu verletzen, und die daher unter einer gewissen Substanz- und Konzeptionslosigkeit leidet.

Da in diesem Augenblick noch nichts bekannt ist, mag es von Interesse sein, die beiden Kandidaten vor allem im Gebiet der Aussenpolitik einander gegenüber zu stellen. Carter hat seiner Aussenpolitik einen starken moralischen Aspekt gegeben, der nach seinen eigenen Worten der gegenwärtigen Administration fehlt. Er versteht die Moral als Gegensatz zur Realpolitik und vor allem zu der Kissinger zugeschriebenen Kabinettpolitik, die sich, laut Carter, im zu grossen Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion und andern kommunistischen Regimes, im zu grossen Verständnis für Diktaturen oder im mangelnden Interesse für die Alliierten, besonders für die westlichen Demokratien, äussert. Die Verkäufe von Waffen und atomaren Installationen gehören aus den gleichen moralischen Gründen zu seinen Zielscheiben. Die Moral wird auch ins Feld geführt, wenn er sich gegen das arabische Boykott ausspricht, obwohl besonders hier auch wahltaktische Absichten mitspielen.

Carter kümmert sich, wie oft Kandidaten, die noch keine Regierungsverantwortung tragen müssen, nicht immer allzu sehr um die Konsequenzen, die seine Ideen, vor allem im militärischen Bereich, nach sich ziehen.

Ford seinerseits hat sich die Erfolge Kissingers, besonders im Mittleren Osten und im südlichen Afrika, voll zu Nutze gemacht. Seine Verteidigung gegen Carter während der Fernsehdebatte hat indessen wenig Eindruck hinterlassen. Unglücklicherweise hat der Präsident durch ein Versehen die Haltung seiner Administration gegenüber Osteuropa grundlegend falsch dargestellt. Wegen der Wichtigkeit dieser Frage glaube

ich, dass es nützlich ist, die Worte Kissingers in seiner Rede in London vom 25. Juni dieses Jahres zu zitieren, denn sie geben ein genaueres Bild der amerikanischen Haltung, die Ford nicht zur Genüge darzustellen in der Lage war.

"Wir sind entschlossen, mit Osteuropa auf der Grundlage der Souveränität und der Unabhängigkeit eines jeden der dortigen Staaten zu verkehren. Wir anerkennen weder Einflussphären noch Hegemonieansprüche. Zwei Präsidenten der Vereinigten Staaten und mehrere Kabinettsmitglieder haben Rumänien und Polen wie auch das blockfreie Jugoslawien besucht, um unser Interesse an der Entwicklung und an der Unabhängigkeit dieser Nationen zu unterstreichen.

Aus dem gleichen Grund werden wir unsere Bemühungen fortsetzen, um unsere Kontakte zu verbessern und unsere bilateralen Beziehungen mit den Staaten Osteuropas in der Wirtschaft und in anderen Bereichen zu entwickeln."

Auch Carter hat übrigens unvorsichtige Erklärungen über Jugoslawien abgegeben.

Welche Aussenpolitik ist von den beiden Kandidaten zu erwarten?

Was Ford anbetrifft, so stellt sich nur die Frage, ob er Kissinger weiter in seinem Kabinett behalten wird. Der Staatssekretär ist von republikanischer Seite aus wahltaktischen Gründen oft heftig kritisiert worden. Teile der Partei befürchteten von der mangelnden Popularität Kissingers negative Auswirkungen auf ihren Kandidaten.

In Wirklichkeit sind seine Vermittlertalente einmal mehr Präsident Ford zugute gekommen, der damit die Bilanz der Leistungen seiner Administration verbessern kann. Seit einiger Zeit spricht Kissinger nicht mehr von seinem Abschied von der Politik und es ist möglich, dass er weiter bleiben wird. Im gegenteiligen Falle hätte Ford noch die Wahl zwischen einigen ausgezeichneten Kandidaten wie zum Beispiel Gouverneur Rockefeller oder dem früheren Verteidigungsminister Richardson, dem gegenwärtigen Handelsminister. In diesem Falle würde sich nur der persönliche Stil des Staatssekretärs ändern.

Die Berater Carters geben gerne zu, dass im Falle seiner Wahl keine spektakulären Änderungen in der amerikanischen Aussenpolitik zu erwarten seien. Dieser Eindruck wird durch die Stellungnahmen des demokratischen Kandidaten unterstrichen.

Einige Akzentverschiebungen sind dennoch zu erwarten. Man darf Carters Beteuerungen, dass er mit den Verbündeten der Vereinigten Staaten enger zusammenarbeiten wird, wohl einigen Glauben schenken. Er nimmt damit eine Politik auf, die seinerzeit Kennedy mit unterschiedlichem Glück verfolgt hatte. In diesem Falle wäre für unser Land mehr noch als damals zu befürchten, dass Europa gemäss einer in Amerika verbreiteten optischen Täuschung mit dem Gemeinsamen Markt gleichgesetzt wird.

Die Standhaftigkeit Carters gegenüber der Sowjetunion wird in erster Linie eine verbale sein. Die Vereinigten Staaten befinden sich in wichtigen Verhandlungen mit ihr, deren Misserfolg schwer voraussehbare Konsequenzen hätte, vor allem im Bereich des Rüstungswettlaufes. Gegenüber den Satelliten der

Sowjetunion kann sich die Haltung Carters nicht wesentlich von derjenigen Kissingers unterscheiden, was immer der Präsidentschaftskandidat auch während der Wahlkampagne darüber sagen mochte.

Carter hat das Problem des Mittleren Ostens nur am Rande erwähnt. Sein Berater George Ball versichert, man müsse damit aufhören, in dieser Region auf Zeitgewinn hinzuwirken. Zeitgewinn sei jedoch das Ziel von Kissingers Diplomatie gewesen. Es gehe jetzt darum, die wirklichen Probleme zu lösen; die Vereinigten Staaten müssten ihre Politik in diesem Zusammenhang offen formulieren.

Schliesslich kann man feststellen, dass Carter - ohne davon restlos überzeugt zu sein - die Aussenpolitik selber leiten will, während seine Berater das State Department zu "reaktivieren" wünschen.

In der Innenpolitik sind die Dinge viel einfacher. Die Kandidaten haben im grossen und ganzen die traditionellen Stellungnahmen ihrer Parteien übernommen. Ford gehört bei den Republikanern seit jeher zu den Konservativen. Er hat während des Wahlkampfes keine Konzessionen gemacht.

Carter, der einen neuen Typus des Süddemokraten vertritt, ist weniger einfach einzureihen, aber er hat es verstanden, sich die Unterstützung der Gewerkschaften zu sichern und er verspricht neue Sozialleistungen und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. In dieser Beziehung stehen die Wähler vor einer klaren Alternative.

Aufgrund der bisherigen Registrierungen ist vorauszu-
sehen, dass die Wahlbeteiligung 15% unter derjenigen vor vier Jahren liegen wird. Zweifellos zeugt diese Indifferenz von der Enttäuschung, welche die Wähler gegenüber den Persönlichkeiten der Kandidaten empfinden.

China, mit besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zur Sowjetunion und Japan

Im jetzt begonnenen Zeitabschnitt nach dem Tod Maos wird die Aussenpolitik für die chinesische Führung ein eher zweitrangiges Problem bedeuten, ist sie doch noch immer in Machtkämpfe verstrickt. Man muss annehmen, dass diese Konsolidierungsphase noch längere Zeit andauern wird. Die ersten Stellungnahmen nach dem Tode des alten Vorsitzenden hatten gezeigt, dass sich die neuen Führer mit zahlreichen, aber gut gewählten Hinweisen auf die maoistische Ideologie darum bemühten, die bestehenden Spannungen zwischen den verschiedenen Parteifaktionen zu überwinden. Der Verlauf der Ereignisse hat aber gezeigt, dass diesem Bemühen kein Erfolg beschieden war. Trotzdem ist es für die Einheit Chinas von grosser Bedeutung, dass die Ideologie nichts von ihrer Geschlossenheit und Wirksamkeit verliert. In dieser kritischen Phase bedeutet sie mehr denn je einen Zement für das chinesische Staats- und Gesellschaftsgefüge. Die antisowjetische Komponente der Ideologie eignet sich dank ihrem nationalistischen Kern besonders gut zur Mobilisierung der Massen.

Unter diesen Umständen wird es kaum erstaunen, dass der Versuchsballon, den der Kreml über den Presseweg lancierte, um seine Beziehungen mit China zu verbessern - allerdings, wie bei früheren Gelegenheiten, auf der Basis der friedlichen Koexistenz, d.h. zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen - von Peking schlecht aufgenommen wurde. Die Geste Moskaus scheint übrigens eher für die Galerie gemacht worden zu sein.

Die erneute Bestärkung der maoistischen Prinzipien ist schon an sich eine Herausforderung an die Sowjetunion. Darüber hinaus haben sich die "neuen Führer" Chinas einer besonders harten Sprache gegenüber der UdSSR bedient. Vor der Generalversammlung der UNO hat der Vertreter Chinas sogar den weltweiten Anspruch des

- 12 -

chinesischen Kommunismus erneuert. Es ist deshalb zu erwarten, dass zwischen den beiden kommunistischen Grossmächten eine Verschärfung des Kampfes um die Stimmen der Dritten Welt einsetzen wird.

Dieses militante Verhalten lässt darauf schliessen, dass die chinesischen Führer für die unmittelbare Zukunft keinen sowjetischen Angriff erwarten. Ohne Unterlass wiederholen sie dagegen gegenüber westlichen Gesprächspartnern, dass die wirkliche sowjetische Bedrohung Europa gilt. Ist es denkbar, dass sich diese harte Haltung mit der Zeit aufweicht und dass sogar eine spektakuläre Annäherung an Moskau stattfinden wird? Die Antwort auf diese Frage hängt teilweise, aber nur teilweise, vom Ausgang des Kampfes ab, der gegenwärtig hinter den Mauern des Chungnanhai-Palastes tobt. Denn genauer betrachtet können weder die "Radikalen" noch die "Gemässigten" die Bedingungen akzeptieren, welche Moskau als Vorleistung für eine Annäherung an Peking stellt. Der maoistischen "Abweichung" abzuschwören, wie es Breschnew auf dem 25. Parteikongress China als ersten Schritt vorgeschlagen hat, würde für dieses die Rückkehr zum Status des "kleinen Bruders", wie er in den fünfziger Jahren galt, bedeuten. Die Normalisierung zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen auf der Basis der friedlichen Koexistenz - dies war der zweite Antrag an China auf dem 25. Parteikongress - beinhaltet für dieses die Unterschiebung, es sei kein sozialistischer Staat.

Wenn die sowjetische Führung wirklich eine Normalisierung sucht, dann muss sie einige Probleme neu überdenken; etwa das Grenzproblem. Allein schon die Anerkennung durch die Sowjetunion, dass die Grenzverträge, die die Mandschurei und die Region von Ili betreffen, ungleich sind (man weiss, dass China auf diese Territorien verzichtet hat), könnte eine Oeffnung zur Folge haben.

- 13 -

In einem gewissen Masse allerdings wird es die politische Ausrichtung von Maos Nachfolgern sein, welche die Zukunft der sino-sowjetischen Beziehungen beeinflussen wird. Doch wäre es falsch, wollte man einfach die "Linke" mit den Gegnern Moskaus identifizieren und die "Gemässigten" mit jenen, welche bereit sind, sich wieder der Sowjetunion zuzuwenden. Wie die wirtschaftliche Diskussion während der letzten Monaten von Maos Präsidentschaft gezeigt hat, verfolgt die "Linke" nicht nur ihre utopischen Ziele, die in China sehr unpopulär sind, sondern ist gleichzeitig auch Repräsentantin jener tiefeingewurzelten Tendenz zur Isolation und zur Autarkie, die man gleichzeitig mit der unermesslichen Grösse des Landes, mit seinen Ressourcen, der Industrie des chinesischen Volkes und, nicht zuletzt, mit der politischen und moralischen Ueberlegenheit der chinesischen Gesellschaft rechtfertigt. Im Unterschied zu den Attacken gegen das "bürgerliche Recht" und den Appellen zur "Verstärkung der Diktatur des Proletariates" finden jene Themen bei den chinesischen Massen ein lebhaftes Echo. Die Anschuldigung Teng Hsiao-ping's, er habe chinesisches Erdöl gegen westliches "Know-how" verkaufen wollen, ist ein typischer Ausdruck dieser Geisteshaltung.

Die "Gemässigten" sind "moderner" als Frau Tschiang-Tsching und ihre Freunde, weil sie eine Oeffnung nach aussen als notwendig erachten. Diese Gruppe ist übrigens auch viel heterogener als die "Linke", denn sie umfasst die "alten Kader", welche nach der Befreiung das sowjetische Modell in China verwirklicht haben, dann eine Gruppe von Technokraten, die stark vom Westen beeinflusst sind - Aussenminister Tschiao Kuan-hua ist ein hervorragender Vertreter dieser Richtung -, und schliesslich die grosse Mehrheit der Militärs. Ihre Einstellung könnte sie zu einer gewissen Annäherung an die Sowjetunion führen. Wahrscheinlicher aber ist es, dass sie versuchen werden, die Beziehungen mit dem Westen und Japan auszubauen, von denen man in China sehr gut weiss, dass sie über eine viel weiter entwickelte Technologie verfügen. Es kann deshalb nicht

- 14 -

überraschen, dass Moskau kaum auf die "Gemässigten" zählt, um in absehbarer Zeit die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern.

China hat seit der Kulturrevolution in einem sozio-ökonomischen System gelebt, in dem die utopischen Zielvorstellungen der "Linken" in der Theorie verwirklicht waren, in Tat und Wahrheit aber in einem sehr pragmatischen Geiste angewandt wurden. Man kann nur schwer voraussagen, welche Folgen eine abrupte Verschiebung nach rechts, wie sie aus der Beseitigung der sogenannten "Schanghai-Gruppe" resultieren könnte, nach sich ziehen würde. Die Möglichkeiten einer Liberalisierung des Systems scheinen begrenzt. Die Verwirklichung des Programms der "vier Modernisierungen", wie es von Tschu En-lai und Teng Hsiao-ping in die Wege geleitet wurde, wäre nur möglich auf Kosten stark ansteigender sozialer Spannungen, dem Entstehen neuer technokratischer Eliten und einer Vergrösserung des Grabens zwischen Stadt und Land, das schon jetzt eines der grössten Probleme für die Regierung darstellt. Die Linke ist zwar an der Spitze der Hierarchie nur schwach vertreten, verfügt aber an der Basis der Partei über ein grosses Potential. Das dürfte die "Gemässigten", falls sie den Machtkampf gewinnen sollten, zu Vorsicht und Zurückhaltung zwingen. Unter diesen Voraussetzungen können kaum grosse aussenpolitische Aenderungen erwartet werden.

Der kürzliche Besuch des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers James Schlesinger in China bestätigt den Willen zur Kontinuität. Angesichts der Sowjetunion versucht China sich der politischen Unterstützung der Vereinigten Staaten zu versichern. Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen wird weiterhin vom Bruch mit Taiwan abhängig gemacht; doch Peking misst dem offensichtlich nur geringe Bedeutung bei. Indessen scheint die weitere Aufrechterhaltung der amerikanischen Präsenz im Pazifik, und in Ostasien, überhaupt von grossem Gewicht, womit sich die chinesische Rolle in Pyongyang erklären lässt, wo es Kim Il-Sungs

Ambitionen zurückzubinden versucht. Die konziliantere Haltung Nordkoreas gegenüber den USA, wie sie in letzter Zeit vermerkt werden kann, darf auf diese Anstrengungen wie auch auf den Misserfolg Nordkoreas auf der Konferenz der Blockfreien zurückgeführt werden.

Die gespannten Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion werden mit aller Wahrscheinlichkeit jene Japans zu diesen Mächten, seinen beiden wichtigsten Nachbarn, beherrschen. Die alten Befürchtungen und Ressentiments, die man gegenüber dem Inselreich empfindet, haben sich zwar etwas vermindert, wirken aber dennoch unterschwellig weiter und vermischen sich mit der Hochachtung und der Eifersucht, die man angesichts des japanischen Wirtschaftswunders empfindet. Daher kommt das Bestreben, von der japanischen Wirtschaftsmacht zu profitieren und gleichzeitig den Rivalen davon auszuschliessen. Japan, das in bezug auf seine Sicherheit ausschliesslich von den Vereinigten Staaten abhängt, versucht zwar, die beschriebene Rivalität für seine bescheidenen politischen Ziele zu nutzen (Rückkehr der vier von der UdSSR annektierten Inseln), begnügt sich aber darüber hinaus damit, in geduldiger Arbeit mit beiden Seiten zu einem Vertrag zu kommen, ohne es mit einem der Länder zu verspielen. Zur Zeit hat China die Priorität. Ueberhaupt verfügt dieses Land ganz grundsätzlich über den Vorteil intensiver kultureller Bande, kann man doch China als "Mutter" der japanischen Zivilisation bezeichnen. Aus diesem Geist heraus hat Japan bisher immer wieder versucht, die Schwierigkeit abzuwenden, die darin besteht, dass die Chinesen in den nach wie vor anstehenden sino-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag eine "Antihegemonieklausel" aufzu nehmen wollen. Die chinesische Leseart dieser Klausel ist eindeutig gegen Drittländer, dh. hier gegen die UdSSR, gerichtet und würde Japan zu einem gemeinsamen Handeln mit China verpflichten. Japan hat kürzlich eine Formel vorgeschlagen, welche eine allgemeine Stellungnahme gegen jegliches hegemoniales Bestreben darstellen würde. Es hofft, dies würde nicht den Zorn der Sowjetunion heraufbeschwören. Die chinesische Führung hat Interesse gezeigt, doch ist

- 16 -

sie zur Zeit ohne Zweifel mit der inneren Lage zu sehr beschäftigt und hat deshalb bisher noch keine endgültige Antwort auf diesen Vorstoss gegeben. Japan ist, wie es Premierminister Miki hervorhob, jederzeit bereit, einen Vertrag dieser Art zu unterzeichnen.

Die japanisch-sowjetischen Beziehungen durchlaufen eine schwierige Phase. Die Sowjetunion ist über die Aufrechterhaltung der japanischen Territorialforderungen erbittert (man erinnert sich an die Rolle, welche die Unverletzlichkeit der Grenzen bei der KSZE gespielt hat) und unzufrieden über die von den Chinesen gespielte Rolle in der Frage des sino-japanischen Friedensvertrages; im vergangenen Januar drohte sie sogar die Friedensverhandlungen abubrechen, falls Japan auf die chinesischen Forderungen eintreten sollte. Doch vermeidet sie sorgsam eine zu starke Verschlechterung der Beziehungen mit Japan, um nicht die Wirtschaftsbeziehungen mit diesem Land aufs Spiel zu setzen und um die Verwirklichung der grossartigen Pläne in Sibirien vorzubereiten, welche bereits vor mehreren Jahren in groben Zügen entwickelt wurden, aber bisher nicht in Angriff genommen worden sind.

Eines der wichtigsten Vorhaben des gegenwärtigen Fünfjahresplanes wird die Bahnlinie BAM (Magistrale Baikal-Amur) sein, welche Irkutsk mit Nikolaiewsk am Ochotskischen Meer, in respektvollem Abstand von der chinesischen Grenze, verbindet.

Diese Befürchtungen und Hoffnungen liefern eine Erklärung für die relativ gemässigte Reaktion der UdSSR auf den MIG-Zwischenfall. Die Sowjetunion hat ihr andauerndes Interesse an guten Beziehungen zu Japan bekundet, indem sie die Verantwortung für die jüngsten Spannungen mit dem Inselreich der chinesischen Einmischung einerseits und amerikanischen Machinationen andererseits zuschob.

Die typisch fernöstlichen Windungen der Beziehungen zwischen diesen drei Staaten dürfen indessen nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass Japan trotz seiner Eigenheiten, ein im wesentlichen westlich orientiertes Land ist, Mitglied der OECD und der internationalen Energieagentur, bei denen jeweils die Vereinigten Staaten den wichtigsten wirtschaftlichen Partner darstellen. Im Bereiche der Verteidigung, wo Japan bestenfalls symbolische Gesten macht, ist die Abhängigkeit von den USA noch viel grösser. Die USA haben in der japanischen "Regionalpolitik" eine grosse Rolle gespielt, denn das Fehlen von Beziehungen mit China hatte Japan eine Politik strikter Zurückhaltung in dieser Hinsicht auferlegt. Die Art und Weise, in welcher sich die Annäherung zwischen China und den USA vollzog, hinterliess in Japan ein Gefühl tiefer Unsicherheit und sogar gewisse Ressentiments. Das gleiche gilt für gewisse wirtschaftliche Entscheide der Nixon-Administration. Diese Schwierigkeiten sind zwar überwunden, doch kann man nach wie vor ihre Spuren in gewissen Haltungen ablesen.

Südostasien, insbesondere Kambodscha, Vietnam und Thailand

Seit dem Abschluss der Genfer Abkommen im Jahre 1954 und dem Rückzug Frankreichs aus den drei Ländern Indochinas beruhte das Gleichgewicht in diesem weiten Territorium, das im Grenzgebiet der chinesischen, der indo-buddhistischen und der islamischen Zivilisation liegt, und wo die Kolonialmächte des Westens seit dem 16. Jahrhundert anwesend waren, auf dem Gegensatz oder vielmehr auf der Konfrontation zwischen der SEATO-Gruppe, jenem von den USA unterstützten Militärpakt, und Nordvietnam; dieses wiederum unterstützt von China und der UdSSR, Ländern also, die ihren Einfluss ebenso in Laos, Kambodscha und Indonesien geltend machten. Der sino-sowjetische Streit führte Nordvietnam dazu, sich von den beiden kommunistischen Riesen etwas abzusetzen, ohne aber die guten Beziehungen zum einen oder zum andern Land aufzugeben, denn diese Beziehungen gewannen immer mehr an Bedeutung, da sich Nordvietnam tiefer und tiefer in den südvietnamesischen Bürgerkrieg verstrickte.

Der Sturz Sukarnos brachte den Abbruch der Beziehungen zwischen Indonesien und den osteuropäischen Ländern und andererseits eine Annäherung dieses Landes an die asiatischen Staaten der SEATO. Diese Organisation verlor während des Vietnamkrieges immer mehr an Kraft und Bedeutung, während gleichzeitig eine andere, regional repräsentativere und nicht-militärische Gruppierung, die ASEAN, wachsenden Einfluss gewann.

Mit dem Ende des Krieges, der Errichtung von kommunistischen Herrschaften in Kambodscha und Laos sowie der Schliessung der amerikanischen in Thailand nahm die amerikanische Präsenz immer mehr ab, ohne ganz zu verschwinden; insbesondere auf den Philippinen und auf Taiwan dauert sie fort

und hat ihre politische Bedeutung behalten, in dem Mass, als sie gegenwärtig dem mehr oder weniger ausgesprochenen Wunsch Chinas entspricht.

Heute besteht diese Weltgegend aus zwei Gruppierungen: Da ist zum einen die ASEAN (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand), eine Organisation mit ziemlich bescheidenen Ansprüchen, die jedoch durch die bitteren Zerwürfnisse der Sukarno-Periode hindurch ein gewisses Klima der Zusammenarbeit und der Solidarität gerettet hat. Zum andern sind hier die Staaten des alten französischen Indochinas, die durch ideologische Bande untereinander verbunden sind und die, wie etwa im Falle Laos, von Vietnam eine Hilfe erhalten, die man, ohne böswillig sein zu wollen, als Intervention qualifizieren kann.

Die Eroberung Südvietsams und auch die Revolutionen in Kambodscha und Laos haben in einer Region ein tiefgreifendes Malaise hervorgerufen, in welcher bereits seit langer Zeit interne Spannungen herrschten. Thailand, das das Experiment einer demokratischen Regierung wagte, die aber bereits wieder durch einen Militärrat beiseite gefegt wurde, schlägt sich mit Bauernrevolten herum, die von jenseits des Mekong, von der laotischen Bevölkerung des Nordostens, unterstützt wird. Dort haben eine ungerechte Landverteilung und ein überbordender Bürokratismus ein ziemliches Frustrationspotential geschaffen.

Ich komme darauf zurück. Die Philippinen, seit vier Jahren im Ausnahmezustand, lassen Symptome eines Machtzerfalls des Marcos-Clans zu Tage treten; sie sind auch aussenpolitisch, wegen den Aufständen der Muslims in Mindanao, in Schwierigkeiten. Indonesien durchläuft eine Wachstumskrise, nach den anfänglichen Erfolgen des Regimes Suharto (Skandal um die staatliche Erdölgesellschaft Pertamina, Agrarproblem). Auch

Malaysia hat seine Dschungelrebelln. Nur Singapur, der chinesische Stadt-Staat, gedeiht weiter ohne Probleme.

Was Indochina betrifft, so weiss man, dass die Eroberung Südvietnams durch den Norden, im Zeitpunkt, in dem sie geschah, beide Seiten überraschte. Die Art und Weise der Wiedervereinigung sowie die im Süden angewandte Wirtschaftspolitik haben deutlich gezeigt, wie unvorbereitet die Führer des Nordens waren, die zudem noch unter der ständigen Drohung des Todes von Präsident Mao und den dadurch zu erwartenden Änderungen in China standen. Das Resultat war so etwas wie eine halbe Flucht nach vorn; nämlich die überstürzte Proklamation eines geeinten und sozialistischen Vietnams, womit man den wirklich vollzogenen sozialen Umformungen im Süden weit vorausgriff. Die Regierung kämpft jetzt ebenso gegen die latente Unzufriedenheit des Südens, die sie durch ihre ungeschickte Politik verursacht hat (die Zahl der Arbeitslosen erreicht dort mehrere Millionen, während man gleichzeitig noch immer ungezählte Reaktionäre einer Umerziehung unterwirft), wie auch gegen den wachsenden Ungehorsam der Bevölkerung im Norden, die unversehens direkt oder indirekt mit der Konsumgesellschaft der südlichen Städte in Kontakt gekommen ist und der Auffassung ist, sie habe während des Krieges genug Opfer gebracht. Aufgrund verschiedener Indizien darf man annehmen, dass diese Schwierigkeiten, die sich mit jenen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg potenzieren, ebenso wie die in Kambodscha und Laos herrschenden Probleme und die schlechten Beziehungen zu China, über die noch ein Wort zu verlieren sein wird, die vietnamesische Staats- und Parteiführung dazu brachte, für den Moment auf eine militante Politik in der Region zu verzichten. Kürzlich stattete ein Vizeausserminister den Ländern der ASEAN einen Besuch ab, wo er zuvorkommend empfangen wurde. Mit Japan ist man im Begriff, Beziehungen aufzunehmen, und auch gegenüber

den USA öffnet man sich vorsichtig. Vietnam, das durch seine politischen Führer während dreissig Jahren in Isolation gehalten wurde, geht offensichtlich daran, seine Kontakte mit den Nachbarn auszubauen.

Kambodscha erlebt seit letztem Jahr einen Eingriff in sein soziales Leben, der seinesgleichen sucht. Die Staatsführung hat alle in den Städten vorhandenen Errungenschaften der industriellen Zivilisation beiseitegeschoben und zwingt nun die Bevölkerung, in den Reisplantagen zu arbeiten, die nach den Methoden kollektiver Zwangsarbeit geführt werden. Die alten Eliten wurden weitgehend ausgeschaltet, wenn nicht sogar liquidiert. Das einzige Land, mit dem es ziemlich enge Beziehungen pflegt, ist China. Vietnam, das eine beachtliche Waffenhilfe leistete, sowie Instruktoren und in der ersten Kriegsphase sogar Truppen zur Verfügung stellte, befindet sich jetzt mit den Führern der Roten Khmer im Streit wegen Grenzfragen und Flüchtlingen. Die Beziehungen scheinen sich in der letzten Zeit verbessert zu haben. Obwohl Kambodscha heute mit einer wachsenden Zahl von Ländern Beziehungen unterhält, haben in der letzten Zeit nur wenige Ausländer dieses Land besucht und die genauen Absichten und die wirkliche Ideologie der Leiter des Staats- und Parteiapparates, unter denen tiefe Meinungsverschiedenheiten zu existieren scheinen, sind unbekannt.

In Laos hat die überstürzte Einführung eines an Vietnam orientierten Systems ernsthafte wirtschaftliche Störungen zur Folge gehabt. Die fortdauernde Präsenz vietnamesischer Truppen in diesem Land zeigt auch deutlich an, dass die Bergbevölkerung, aus der sich die meisten Gegner des Pathet Lao rekrutieren, noch nicht vollkommen befriedet worden ist. Die sowjetische Präsenz in Vientiane ist ziemlich stark, doch wird sie durch das chinesische Fussfassen im Norden des Landes aufgewogen.

Thailand hat soeben - und wohl für lange Zeit - eine ziemlich demokratische Regierung verloren. Sie kam vor drei Jahren dank einer Studentenrevolte an die Macht und löste eine Militärdiktatur ab, die unter verschiedenen Formen während Jahrzehnten geherrscht hatte. Die demokratische Staatsform hat die Eingliederung des Landes in das nach dem Vietnamkrieg neu gestaltete Südostasien zweifelsohne erleichtert. Doch litt es an zwei Schwächen: einer starken Verzettelung der Parteien und einem unversöhnlichen Gegensatz zwischen der Rechten und der Linken, der immer wieder in Gewalt auszumünden drohte. Die Rückkehr der Militärs ist durch eine allzu leicht durchschaubare politische Komödie vorbereitet worden: Dadurch, dass der alte "Caudillo" Thanom Chittikachorn, als Mönch verkleidet, nach Bangkok zurückkehrte, löste er den blutigen Zusammenstoß zwischen der Linken und der Rechten aus, der dann als Vorwand für den Staatsstreich diente. Indessen kam jetzt eine jüngere Equipe an die Macht, und auch die Atmosphäre der internationalen Beziehungen ist nicht mehr dieselbe. Nur die Probleme sind noch immer die alten. Hauptsächlich in den an Laos angrenzenden Regionen rufen sie besonders dringlich nach einer Lösung, denn die Aufständischen dürften dort mit Leichtigkeit eine wirksame Hilfe über die Grenze erhalten. Vietnam hat sehr heftig auf die von der Junta gegen vietnamesische Staatsbürger in Thailand erhobenen Anschuldigungen reagiert, denen teilweise Verhaftungen folgten. Man spürt aber in den Erklärungen die enttäuschten Hoffnungen, welche man in Hanoi auf eine Annäherung an Thailand gesetzt hatte. Im übrigen ist es ungewiss, ob das Zerwürfnis von langer Dauer sein wird. Vielleicht, dass die Generäle mit ihrem harten Durchgreifen eine kurze Atempause gewinnen. Doch die Vergangenheit der Armee lässt kaum erwarten, dass sie zu Reformen benutzt würde.

Hat die Sowjetunion in der Folge des amerikanischen Teilrückzugs, oder vielmehr des Endes der amerikanischen Vor-

herrschaft, neue Positionen in Südostasien gewonnen? Während des Vietnamkrieges war ihre Stellung in Hanoi eher stärker als jene Chinas, denn sie zeigte sich in bezug auf Waffenlieferungen bedeutend freigebiger. Doch Nordvietnam bemühte sich, ein gewisses Gleichgewicht beizubehalten, um weiter auch von den chinesischen Reislieferungen und Transitfazilitäten zu profitieren. Doch Moskau wie Peking mussten von Zeit zu Zeit den Eindruck gewinnen, Hanoi benutze das Argument der "internationalistischen Solidarität" hart am Rande der Erpressung. Die Sowjetunion unterstützt weiterhin Vietnam, ohne aber eine grosse Gegenleistung dafür zu erhalten. Hanoi will seinen Ruf, ein blockfreies Land zu sein, nicht aufs Spiel setzen, indem es der Sowjetunion Flottenstützpunkte gewährt. Im übrigen hat Vietnam bisher auch das sowjetische Projekt einer asiatischen Sicherheitskonferenz, das China als gegen sich gerichtet empfindet, nicht unterstützt.

Seitdem sich die Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten verbessert haben, zeigt sich Nordvietnam seinem nördlichen Nachbarn gegenüber, der einmal das Gesicht eines Eroberers und dann wieder jenes eines Erziehers zeigt, wieder sehr skeptisch. Offen zeigt sich der chinesisch-vietnamesische Gegensatz in Laos und Kambodscha. Im Südchinesischen Meer ist er einem militärischen Konflikt nahe. Die Parteikämpfe in Peking könnten noch Folgen haben, die schwer vorauszusehen sind.

China selbst hat in den vergangenen Jahren seine Beziehungen zu den ASEAN-Staaten, mit Ausnahme Indonesiens, bedeutend verbessert. Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gab man jeweils zu verstehen, dass die militärische Unterstützung maoistischer Gruppierungen, die auch damals schon ziemlich schwach war, vollständig aufhören sollte. Ob dieses Versprechen wirklich eingehalten wurde, ist nicht völlig klar. Wichtiger für die in Frage stehenden Länder ist die Tatsache,

dass China aufgrund schmerzlicher Erfahrungen aufgehört hat
- und zwar, wie man hofft, endgültig -, die blühenden, bevöl-
kerungsreichen chinesischen Kolonien in Uebersee politisch zu
aktivieren.

Südliches Afrika

Das südliche Afrika, dieses weite Gebiet, das sich dem "wind of change", wie ihn Harold Macmillan 1960 in einer berühmten Rede beschwor, so lange entzogen hat, ist seit dem portugiesischen Umsturz vom April 1974 auf dem Weg in eine neue, noch unsichere Zukunft; eine Zukunft allerdings, deren wesentliche Charakterzüge sich unter unseren Blicken immer deutlicher abzeichnen.

Die ehemaligen portugiesischen Kolonien, die sich selbst offiziell als marxistisch bezeichnen und die sich zur Zeit auf die Hilfe der UdSSR abstützen, haben mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. In Angola dauert zudem der Widerstand der von der MPLA besiegten Befreiungsorganisationen UNITA und FNLA weiterhin an. Rhodesien, auf das ich zurückkommen werde, ist Gegenstand einer Konferenz, die wir gegenwärtig in der Schweiz beherbergen, und deren Ergebnisse noch völlig offen sind. Südafrika schliesslich heilt die Wunden eines "heissen Winters", wenn Sie mir diese paradoxe Ausdrucksweise gestatten.

Die Unruhen, die von Soweto ausgingen, sind nur in einer Hinsicht völlig verständlich, in ihrem Ursprung. Dieser ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, die Apartheidpolitik. Sie zielt letztlich, bei allen Umformungen und trotz der Modifikationen, die ihr geistiger Unterbau erfahren hat, auf einen einzigen Zweck, nämlich darauf, das soziale Gefüge, welches die Südafrikanische Union in ihren Anfängen gekennzeichnet hat, am Leben zu erhalten.

Der Streit entzündete sich an einem Schulproblem: Die junge Generation ist nicht mehr gewillt, ein Unterdrückungssystem, welchem sich ihre Eltern mit biblischer Ergebenheit beugten, zu ertragen. Aber daneben gibt es ungezählte weitere Konfliktansätze. Sie entsanden alle aufgrund einer Gesellschaftsordnung, welche

es selbst als ihr Richtmass betrachtet, der verschiedenen "Berufung" der Rassen kompromisslos und ohne jeden Verschleierungsversuch einen festen, konstitutionellen Rahmen zu geben.

Man kann hervorheben, dass die Unruhe von den Schülern auf die Studenten übergriff und dass der Vandalismus eine wichtige Rolle spielte; man kann weiter hervorheben, dass der Versuch der Streikposten, die schwarze Bevölkerung an der Arbeit zu hindern und den Manifestationen mehr politischen Gehalt zu geben, nur begrenzt gelang; man muss aber ebenso hervorheben, dass sich der Aufstand über alle vier Provinzen und beinahe alle wichtigen Städte ausgebreitet hat, und dass er im reichen Kapstadt besonders heftig tobte. Das letzte und vielleicht beunruhigendste Element ist die Tatsache, dass auch die "coloureds", die Mischlinge, sich am Aufstand beteiligten. Die gesellschaftliche Stellung dieser Gruppe ist besser als jene der Schwarzen, doch war auch sie in den Anfängen des Apartheidregimes vom Wahlrecht ausgeschlossen. Man nahm bisher gerne an, dass diese Bevölkerungsschicht dank ihrer relativen Privilegien dem herrschenden System - in dem sie doch freier sind als die Schwarzen - weniger feindlich gegenüber ständen als diese. Die Unruhen haben offenbart, wie komplex und labil die Situation auch innerhalb der schwarzen Gemeinschaft ist. Die stammesmäßigen Bindungen manifestieren sich zwar weiterhin, verlieren aber an Kraft, sobald an die rassische Solidarität appelliert wird. Der Einfluss traditionsreicher Bewegungen, wie etwa des "African National Congress", ist zwar bei den älteren Leuten noch immer ziemlich stark. Die junge Generation dagegen folgt lieber neuen, radikaleren Ideologien, wie etwa dem "Black Consciousness" oder dem "Black Power", welche die westliche Zivilisation ablehnen.

Die Regierung Vorster hat, abgesehen von einigen Details - wie etwa in der Schulfrage, dem Anlass des Aufstandes - die Revolte mit harter Hand unterdrückt. Sie ist offenbar überzeugt, dass es unnütz und sogar schädlich sei, der Gewalt zu weichen. Vor kurzer Zeit hat sie den Vorschlag einer landesweiten

Konferenz, an welcher Schwarz und Weiss gemeinsam über staatsrechtliche Reformen diskutieren sollten, schroff abgelehnt. Auch gedenkt sie offenbar nicht, die seit langem vorbereiteten Projekte zur Beseitigung der "petty apartheid" (Diskriminierung an öffentlichen Orten und Verbot der sexuellen Beziehungen zwischen den Rassen) und zur Reform der "job reservation", jenes Systems, das die einträglichsten Arbeitsstellen den Weissen vorbehalten, durchzuführen. Diese letztgenannte Reform wäre den Wünschen der wirtschaftlichen Kreise entgegenkommen, welche die Apartheid heute als Bremse des Wachstums betrachten.

Premierminister Vorster und seine "National Party" werden übrigens auch von der weissen Opposition im Parlament - dort gibt es nur Weisse - kritisiert. Allerdings nimmt diese Oppositionsgruppe nicht zu, sondern ab und ist in sich gespalten. Sie konnte sich beispielsweise vor kurzem nicht auf ein konkretes Reformprogramm einigen.

Die Widersprüche der Regierungspolitik sind am Problem der "homelands" voll zu Tage getreten. Regierungschef Vorster liess sich nicht beunruhigen, als die Ankündigung von der bevorstehenden Unabhängigkeit der Transkei von der Weltöffentlichkeit ablehnend aufgenommen wurde. Er trieb die Unabhängigkeit im Gegenteil mit allen Mitteln voran. Dabei hat er geschickt den Schlag Schatten ausgenützt, welcher das Rhodesienproblem zur Zeit auf Afrika wirft, um Proteste nach Möglichkeit zu vermeiden. In einer ruhigeren Periode hätten solche sich unweigerlich eingestellt. Doch das ändert nichts am "Geburtsfehler", der die Transkei als unabhängigen Staat markiert, vorallem hinsichtlich der Stellung seiner Staatsangehörigen im Ausland. Die Regierung war gezwungen, allen Khosas, die ursprünglich aus der Transkei stammen, die Nationalität des neuen Staates zu geben, auch wenn diese seit längster Zeit nicht mehr dort leben. Auf diese Weise werden alle "Bürger" der Transkei in Zukunft in Südafrika als "Ausländer" eingestuft.

- 28 -

Kaiser Matanzima, Premierminister der Transkei, hat bisher als einziger Regierungschef eines "homeland" das Statut, das von Pretoria aufoktroziert wurde, akzeptiert. Dies ist umso bemerkenswerter, als die besagten Premierminister aus dem Kreis der traditionsverhafteten Stammeshäuptlinge rekrutiert wurden und es offenbar ist, dass ihre Haltung grossenteils durch die Meinung der schwarzen Südafrikaner diktiert wird. Die oben erwähnte Idee einer nationalen Konferenz wurde übrigens auch von einem dieser Premierminister zur Sprache gebracht.

Das Winterende hat eine gewisse Beruhigung gebracht, von der man hoffen muss, dass sie die verantwortlichen Politiker zur Vorbereitung der notwendigen Anpassungen benutzen werden. Der besondere und eigene Charakter der südafrikanischen Gesellschaft wird heute von den übrigen Afrikanern anerkannt. In der UNO spricht man im Zusammenhang mit Südafrika nicht von einem Kolonialproblem. Es geht, heisst es dort, nur darum, die Rassendiskriminierung zu beenden. Der Regierung Vorster bieten sich grosse Möglichkeiten, die zukünftige Entwicklung zu steuern, sofern sie den Mut zur Initiative aufbringt.

Sosehr Balthasar Vorsters Innenpolitik durch Immobilismus gekennzeichnet ist, nach aussen hat er, wenn auch nur unter starkem Druck, eine wichtige Entscheidung getroffen. Er erklärte sich bereit, an einer Blockade gegen Rhodesien teilzunehmen, falls Ian Smith den Kissinger-Plan, welcher die Verwirklichung einer schwarzen Mehrheitsregierung innerhalb von zwei Jahren vorsieht, nicht annehmen sollte. Ohne Zweifel war es diese Drohung, die Ian Smith schliesslich zurückweichen liess.

Die Vorgänge um den Kissinger-Plan für Rhodesien bleiben ziemlich undurchsichtig. An seiner Basis liegt der Plan, den Callaghan, damals noch britischer Aussenminister, im März dieses Jahres dem Parlament unterbreitete. Kissinger hat ihn indessen durch

einige Vorschläge erweitert, welche der weissen Mehrheit (oder eher der von Smith geführten "Rhodesian National Front") während der Uebergangszeit eine gewisse Kontrolle belassen würden. Die Führer der fünf "Frontstaaten", welche die schwarzen Unabhängigkeitsbewegungen protegieren - was diese teilweise als Bevormundung empfinden -, behaupten heute, sie hätten von den Kissingerschen Zusätzen nichts gewusst. Auf der anderen Seite hat Smith, als er den Plan annahm, zwei zusätzliche Bedingungen formuliert: Das Ende des Guerillakrieges und die Aufhebung der UNO-Sanktionen. Die "Frontstaaten" haben daraufhin den Plan zurückgewiesen, ein Umschwung, der es Grossbritannien paradoxerweise erlaubte, als juristisch Verantwortlicher wieder in das Geschehen einzugreifen und die Genfer Konferenz einzuberufen, welche von einem britischen Botschafter präsiert sein wird.

Die Rolle, welche die "Frontstaaten" spielen, erklärt sich teilweise aus dem Zustand der nationalistischen Bewegung, die in drei Gruppen zerfällt, innerhalb deren noch einmal ebenso ernsthafte Spannungen herrschen.

Die programmatischen und taktischen Unterschiede sind, auch wenn man sie nicht übersehen darf, doch sekundär angesichts der Rivalitäten ihrer Führer, welche die Bewegung schon immer stark in Mitleidenschaft gezogen haben, und angesichts der Stammesgegensätze, die mehr Gewicht haben, als es die schwarzen Führer zugeben. In dieser Hinsicht kommt es doch überraschend, dass die bedeutendsten Richtungen (mit Ausnahme jener extremen Guerillagruppen, deren Basen sich in Moçambique befinden) sich so leicht bereit fanden, an der Genfer Konferenz teilzunehmen, ohne vorherige Bedingungen zu stellen. "Alles liegt auf dem Tisch", hat einer der schwarzen Führer gesagt. Ian Smith's Ziel ist es, auch in der Uebergangszeit die Kontrolle über die staatlichen Institutionen so weit wie möglich zu behalten. Darüber hinaus verdächtigen ihn die Schwarzen, die ihn als listigen, ja verschlagenen Unterhändler kennengelernt haben,

- 30 -

er wolle in einer künftigen Verfassung die weisse Vorherrschaft zumindest faktisch beibehalten. Aus diesem Grund verlangen die schwarzen Führer, dass die Schlüsselministerien, welche Smith in der künftigen Regierung weissen Rhodesiern vorbehalten wollte, an Vertreter der englischen Regierung übergeben würden.

Dieses Problem, ebenso wie jenes der verfassungsmässigen oder finanziellen Garantien an die weisse Minderheit, wird gewiss zu grossen Schwierigkeiten führen.

Ian Smith wird sicher versuchen, die Spaltung unter den schwarzen Führern zu nützen, um glaubhaft zu machen, die Ordnung, die er, wenn auch seit Jahresbeginn nur noch mit Mühe, aufrecht erhält, drohe durch Anarchie und Bürgerkrieg ersetzt zu werden. Auf der anderen Seite kündigten die schwarzen Führer eine Verschärfung des Guerillakrieges an, welchem die rhodesische Armee, die nur einen kleinen Bestand aufweist, mit der Zeit nicht mehr standhalten könnte. Ein Misserfolg der Konferenz hätte ohne Zweifel schwerwiegende Folgen.

Doch wäre es ungerecht, nicht auch auf die positiven Elemente hinzuweisen. Die Rückkehr der beiden gemässigten Führer Nkomo und Bischof Muzorewa hat gezeigt, dass die beiden entgegen den Behauptungen der Extremisten, über eine breite Unterstützung in der Bevölkerung verfügen. Die Tatsache, dass sie im Lande selbst eine gewisse politische Aktivität entfalten dürfen, könnte später vielleicht zum Aufbau von toleranteren und liberalen, wenn auch vielleicht nicht gerade demokratischen Staatsstrukturen führen und den Einfluss der militantesten Gruppen zurückdämmen.

Eine Lösung dieser Art wäre für den Verbleib eines Grossteils der weissen Bevölkerung und der für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung wohl die beste Voraussetzung.